Deutscher Bundestag

19. Wahlperiode 14.02.2020

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Luise Amtsberg, Dr. Franziska Brantner, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 19/16838(neu) -

Humanitäres Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Asylsuchende aus Griechenland

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschreibt dramatische, menschenrechtswidrige Zustände in den Hotspots auf den griechischen Ägäis-Inseln, die insbesondere auch Folge der EU-Türkei-Erklärung vom 18. März 2016 seien.

Sie fordert die Bundesregierung daher auf, im Rahmen eines bundesweiten Relocation-Programms besonders schutzbedürftige Menschen aufzunehmen, die griechischen Behörden bei der Bewältigung der humanitären Katastrophe in den Hotspots stärker finanziell und strukturell zu unterstützen, unbegleiteten Minderjährigen und Familienangehörigen unbürokratisch den Familienanchzug nach der Dublin-III-Verordnung zu ermöglichen und eine qualifizierte und unabhängige Rechtsberatung für Schutzsuchende in den EU-Hotspots im Bundeshaushalt zu verankern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen, den Antrag auf Drucksache 19/16838(neu) abzulehnen.

Berlin, den 12. Februar 2020

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz

Vorsitzende

Alexander Throm Berichterstatter

Helge Lindh Berichterstatter **Dr. Gottfried Curio**Berichterstatter

Konstantin Kuhle Berichterstatter **Ulla Jelpke** Berichterstatterin Luise Amtsberg
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Alexander Throm, Helge Lindh, Dr. Gottfried Curio, Konstantin Kuhle, Ulla Jelpke und Luise Amtsberg

l. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/16838(neu)** wurde in der 142. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Januar 2020 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat in seiner 48. Sitzung am 12. Februar 2020 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat in seiner 55. Sitzung am 12. Februar 2020 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Inneres und Heimat hat den Antrag auf Drucksache 19/16838(neu) in seiner 84. Sitzung am 12. Februar 2020 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung der Vorlage mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 12. Februar 2020

Alexander ThromHelge LindhDr. Gottfried CurioBerichterstatterBerichterstatterBerichterstatter

Konstantin KuhleUlla JelpkeLuise AmtsbergBerichterstatterBerichterstatterinBerichterstatterin

